

Anzeiger für das Havelland.

Erscheint jeden Abend 4 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementpreis:
Monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2 M.

Spandauer Anzeiger.

Insertate die Zeile 20 Pf.
für Spandauer Inserenten 15 Pf.
Kellern pro Seite 40 Pf.
Beilagen pro Laufend 5 M.

Redaktion und Expedition: Potsdamer Str. 48. Fernsprecher: Spandau Nr. 52, Hopf.

Verantwortlicher Redakteur: Th. Gütlich in Spandau.

Verlag und Druck der Hopf'schen Verlagsbuchdruckerei in Spandau.

Nr. 17.

Spandau, Sonntag, den 20. Januar 1907.

49. Jahrgang.

Kandidat aller Liberalen

des Wahlkreises Potsdam—Spandau—Osthavelland ist

Dr. Richard Freund

Vorsitzender der Landesversicherungs-Anstalt Berlin.

Aus dem Havellande.

Spandau, den 19. Januar 1907.

Was will der Liberalismus? Sozialdemokratische Presse, sozialdemokratische Agitatoren und Versammlungsredner haben von der Politik der bürgerlichen Parteien ein solches Phantasma gezeichnet, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, entworfen, daß kein Liberaler seine eignen Parteigrundsätze in ihren Ausführungen und Reden wiedererkennt. Das haben wir zum Teil auch längst in der von hiesigen Liberalen Verein einberufenen Versammlung, in der sich die Sozialdemokraten unter gänzlich Beseitigung ihrer vielgepriesenen Parteigrundsätze in den Vordergrund drängten und zahlreichen andern Wählern der bürgerlichen Parteien, die allein eingeladen waren, den Raum streitig machten, wieder erfahren müssen. Wer aber sich in der Politik Beseitigt weiß, wird sich bei geringer Ueberlegung sagen, daß die von sozialdemokratischer Seite beliebte Charakterisierung des Liberalismus schon deshalb nicht zutreffen kann, weil ja eben diese Sozialdemokratie alle ihre realpolitisch brauchbaren Forderungen dem Programm des entschiedenen Liberalismus entlehnt hat. Wenn die Forderungen und Ziele des Liberalismus so schlecht wären, dann würde doch die Sozialdemokratie nicht bei dem Programm der liberalen Parteien Anleihen machen und mit liberalen Forderungen selbst in den Wahlkampf ziehen.

Die wichtigste Frage der Politik ist die Erhaltung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Reichstagswahlrechts. Der Liberalismus ist stets dafür eingetreten und wird es ferner als seine höchste Aufgabe ansehen, daß dieses Wahlrecht als der größte politische Besitz des deutschen Volkes unangefastet erhalten bleibt. Das Reichstagswahlrecht im Schoße des Liberalismus sicherer als bei der Sozialdemokratie. Das lehrt und der Ausdruck des früheren sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und Gewerkschaftsführers v. Elm, der erklärte, daß die Sozialdemokratie an der Erhaltung des Reichstagswahlrechts gar kein besonderes Interesse habe, da dessen Beteiligung der Partei den besten Agitationsstoff liefern würde. Der Liberalismus hat sich ferner bemüht, alles Mögliche zur Sicherung der geheimen Wahl zu tun. Er kämpft nach wie vor für eine Beseitigung der Ungleichheiten der Wahlkreise und dafür, daß mit der Durchführung der in der Verfassung vorgesehenen Bestimmung wirklich Ernst gemacht wird, daß auf je 100 000 Seelen ein Abgeordneter zu wählen ist; er tritt also für neue Abgrenzung der Wahlkreise nach der Einwohnerzahl ein. In der jetzigen Abgrenzung der Wahlkreise beruht im wesentlichen die Stärke der konservativen Partei.

Ein liberaler Programmpunkt ist die Forderung der reichsgesetzlichen Regelung des Vereins- und Versammlungswahlrechts auf freiwilliger Grundlage. Diefse ist gelegt durch das Reichsgesetz vom 11. Dezember 1899, das liberalen Wünschen entsprechend, in einem einzigen Artikel bestimmt, daß inländische Vereine jeder Art miteinander in Verbindung treten dürfen, und daß entgegenstehende landesgesetzliche Bestimmungen aufgehoben sind. Das weitere Verlangen des Liberalismus geht nun dahin, das Vereins- und Versammlungswahlrecht durch Reichsgesetz in freiwilliger Weise zu gestalten, insbesondere auch auf die Teilnahme von Frauen an Vereinen und Versammlungen auszuweiten. Er will volle Gewissens- und Religionsfreiheit unter gleichem Recht für alle Bekenntnisse, Schutz der freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift, Gleichheit vor dem Gesetz ohne Ansehen der Person und der Partei.

Der Liberalismus tritt ein für die Forderung der Volkswohlfahrt innerhalb und auf Grund der bestehenden Gesellschaftsordnung. Er fordert, daß in wirtschaftlichen Fragen allein das Gemeinwohl entscheidend sein muß, und tritt für die berechtigten Forderungen aller Erwerbstätigen ein, vertritt aber mit Entschiedenheit jede einzelne Interessenstellung. Der

Liberalismus ist kein Feind der Landwirtschaft, wie man ihm so häufig vorwirft, er befaßt sich nur eine einseitige Agrarpolitik zum Nutzen der Großgrundbesitzer. Ihm gilt es vor allem, den mittlern und kleinen Besitz zu mehren und der Leutenot durch Anziehung von möglichst vielen Arbeitskräften entgegenzuwirken. Wir wollen einen gefunden, kräftigen und zahlreichen Bauernstand haben und erhalten.

Wie den häuerlichen Mittelstand, will der Liberalismus auch den Mittelstand in Handwerk und Gewerbe stützen und schützen. Mit der bloßen Versicherung der Liebe zum Mittelstand ist es nicht getan, auch nicht mit unerfüllbaren Versprechungen und Versprechungen; vielmehr müssen die richtigen Mittel angewandt werden, um auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse Besserung zu schaffen. Es ist nämlich eine eigenartige Betätigung der Liebe zum Mittelstand, wenn man Industrie, Handwerk und Gewerbe fortgesetzt durch Steuern und Abgaben aller Art belastet und durch Follerhöhungen auf Rohstoffe Fabrikation und Handwerksbetrieb erschwert. Der Mittelstand in Handwerk und Gewerbe muß fähig gemacht werden, um sich neben dem Großbetrieb erfolgreich behaupten zu können. Dazu dienen gute Fortbildungs- und Fachschulen, genossenschaftlicher Zusammenschluß, Innungsfreiheit, zweckmäßige Gestaltung des öffentlichen Submissionswesens, Beseitigung der durch Gefängnisarbeit und unlauteren Wettbewerb dem freien Gewerbe entstehenden Schäden.

Nach dem neuen Mittelstand, der in unferm kräftig fortschreitenden Wirtschaftsleben heranzuwächst, muß ernste Fürsorge zuteil werden. Der Liberalismus ist bereit, das Streben der Tausende von Privatbeamten, die in Industrie, Handel und Verkehr tätig sind, sich eine gewisse Sicherheit der Existenz, zumal im Alter, mit Hilfe der Reichsgesetzgebung zu schaffen, zu unterstützen und alle Maßnahmen zu fördern, die durchführbar und geeignet sind, im Rahmen des Gemeinwohls die berechtigten Forderungen der Privatbeamten zu verwirklichen, wie er auch allezeit für die Staats- und Gemeindebeamten eingetreten ist.

Die Arbeiter als gleichberechtigte Faktoren im wirtschaftlichen Leben haben Anspruch auf Schutz und Förderung durch die Gesetzgebung. Aber nicht durch übergehenden und zersetzenden Massenkampf, nicht durch Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, sondern durch planmäßige Reformen und stetig fortschreitende Besserung der Existenzbedingungen ist die Lebenslage der arbeitenden Volksschichten zu heben. Darum erstrebt der Liberalismus die Förderung aller auf friedliche Verständigung zielenden Einrichtungen, gesetzliche Anerkennung der freien Berufsvereine zugleich als berechnete Interessenvertretung, Sicherung und Erweiterung der Koalitionsfreiheit, Freizügigkeit, Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung, Vereinfachung und Verbesserung der Arbeiterversicherung.

Der Liberalismus steht auf dem Boden einer gesunden Sozialreform und erstrebt darum die Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesamtheit wie des einzelnen auf Grund der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung sowohl durch Selbsthilfe der Beteiligten, durch freies Zusammenwirken der Gesellschaftsklassen, als auch durch Einwirkung der Gemeinden und des Staates.

Der Liberalismus will Festigung der nationalen Einigung Deutschlands; er will Erhaltung der vollen Wehrkraft des Reiches unter Schonung der wirtschaftlichen Interessen, er will nicht Revolution und nicht Reaktion, sondern Reform auf allen Gebieten; er will, daß unser Deutsches Reich sich aufbaue auf den unerlässlichen Grundlagen des modernen Staatslebens: auf Freiheit und Gerechtigkeit. Wer mit ihm das will, der gebe seine Stimme am 25. Januar dem Kandidaten aller liberalen Wähler, der für dieses Programm mit voller Kraft eintritt: Dr. Richard Freund!

Der Liberale Verein für Spandau und Umgegend hielt gestern unter reger Beteiligung seiner Mitglieder und anderer Parteifreunde, unter denen sich auch Vertrauensmänner aus Tiefwerder, Fallenhagen und Seegefeld befanden, im Restaurant „Zur Palme“ wieder eine Versammlung ab. Zunächst wurde beschlossen, am Mittwoch, den 23. d. Mts., noch eine Wählerversammlung nach dem „Roten Adler“ einzuberufen. Im Hinblick auf das Benehmen, das die Sozialdemokraten, die trotz ihres Ausschlusses erschienen waren, in der Versammlung am 15. d. Mts. gezeigt haben, entschied man sich dafür, auch für die Versammlung am Mittwoch die Sozialdemokraten auszuschließen, und zwar soll diesmal der Eintritt nur gegen Einlasskarten gestattet sein. Eintrittskarten sind zu haben bei den Vereinsmitgliedern und im Wahlbureau der Liberalen, Restaurant „Zur Palme“, wo von heute, Sonnabend, ab abends von 7 bis 9 Uhr Vereinsmitglieder anwesend sein werden. Weiter wurde in einer eingehenden und lebhaften Aussprache über das weitere Vorgehen bei der Reichstagswahlarbeit verhandelt. Verschiedene Teilnehmer an der Versammlung, die bisher dem Verein noch nicht angehört, erklärten ihren Beitritt. — Morgen nachmittags findet eine Wählerversammlung in Staken beim Restaurateur Hornemann statt, in der der liberale Reichstagskandidat Herr Dr. Freund sein Programm entwickeln wird.

Gestern veranstaltete der „Neue Wahlverein Spandau“ im „Roten Adler“ eine Wählerversammlung, zu der alle nationalgesinnten Wähler von Spandau und Umgegend eingeladen waren. Obwohl die Sozialdemokraten ausdrücklich ausgeschlossen waren, waren auch sie in der gut besuchten Versammlung zahlreich erschienen. Herr Reichsanwalt Lüdke eröffnete die Versammlung mit einem Hoch auf den Kaiser und erteilte sodann dem Herrn Tischlermeister Pauli-Botsdam das Wort. Dieser sprach sich eingehend über die neue Kandidatur Schallwigs aus und bezweifelte, daß Herr Geheimrat Kallulatur Schallwigs-Botsdam in seiner abhängigen Stellung ein rechter Volksvertreter werde sein können. Nebenher gab dann einen Überblick auf seine parlamentarische Tätigkeit, in der er besonders auf die Verfertigung der Lohnscheine und Militärarmortier hingewirkt habe. Nach dem etwa einstündigen Vortrag ergrieffen die Herren Hauptmann Höper, Oberstleutnant a. D. v. Mohr, Schob, Brahn, Simon, Krebs, Spielermann, Braske, Niede, Lüdke und Krosch das Wort. Sie wandten sich zum Teil gegen die Auffassung einer Doppellandidatur im eignen Lager, einige übten auch an der parlamentarischen Tätigkeit des Herrn Pauli abfällige Kritik. Allgemein wurde das Verhalten der Sozialdemokratie in den Versammlungen der nationalgesinnten Parteien verurteilt. Die Versammlung wurde gegen 11 1/2 Uhr von dem Vorsitzenden, Herrn Reichsanwalt Lüdke, mit dem Hinweis geschlossen, daß der „Neue Wahlverein“ vor der Wahl noch zwei Versammlungen in Spandau abhalten werde, und zwar beide am Vorabend der Wahl, am 24. Januar, zu gleicher Zeit im „Roten Adler“ und in der Neustadt.

In der nächsten Woche findet die Auffassung des verkauften Forstlandes an das Evangelische Johannesstift statt. Gleichzeitig erfolgt auch die Zahlung des Kaufgeldes im Betrage von 2 Millionen Mark. Das Kapital bleibt bis auf weiteres zur Verfügung der Stadt im Depot der Seehandlung.

Der städtische Platz an der alten Havel in der Nähe der Märanlage kann nach einer Bekanntmachung des Magistrats wegen Ausführung der Haveldurchführarbeiten bis auf weiteres als öffentlicher Ladeplatz nicht benutzt werden.

Von einigen Eigentümern an der Charlottenburger Chaussee sind beim Stadtbauamt Baugesuche zwecks Errichtung massiver Wohnhäuser eingereicht worden; sie wurden aber nicht genehmigt, weil diese Stadtgrundstücke noch nicht reguliert ist. Hauptsächlich kommt in Betracht, daß es an der Entwässerung fehlt. Dessenungeachtet nimmt die Terrainspeculation in dem Bezirk ihren Fortgang; es sind an der Charlottenburger Chaussee kürzlich wieder zwei mit sogenannten Wächterhütten besetzte Grundstücke, den Eigentümern Geny und Lerm gehörig, verkauft worden.

Für die Brücke über den Haveldurchstich in den Götterwiesen werden demnächst auch die Arbeiten zur Errichtung der massiven Uferwehre vergeben; es erfolgt eine Ausschreibung im Wege der engen Submission, zu der zwölf Firmen, hiesige und auch auswärtige, herangezogen werden. Im März soll mit dem Bau der Brückenwehre begonnen werden.

Diese Nummer ist 8 Seiten stark.